

Bartosz Rydliński

Europäische Souveränität

Kommentar zu den Ergebnissen
der Umfrage in Polen

EUROPA

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

EUROPÄISCHE SOUVERÄNITÄT ALS MULTIPLIKATOR NATIONALER SOUVERÄNITÄT

Es gibt keine häufiger verwendeten Begriffe in der polnischen politischen Sprache, die so eindeutig positive Emotionen hervorrufen wie »Unabhängigkeit« und »Souveränität«, was aus der anhaltenden historischen Erinnerung der Polen an ihre tragische kollektive Geschichte resultiert. Wir sprechen über die Erfahrung eines Landes, das zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert eine europäische geopolitische Großmacht war und danach ein Land, das Ende des 18. Jahrhunderts von der Landkarte Europas verschwand: 123 Jahre ohne eigene Staatlichkeit, Kolonisierung durch Russland, Deutschland und Österreich sowie blutig niedergeschlagene Unabhängigkeitsaufstände klingen heute in der Sprache der Politik, der Kultur und im kollektiven Verständnis von Patriotismus in Polen immer noch nach. Auch die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs sind bis heute Quelle eines weit verbreiteten und parteiübergreifenden nationalen Traumas. Der Angriff durch Nazi-Deutschland am 1. September 1939 und durch die Sowjetunion 16 Tage später endete mit der Vernichtung des neuen Staates, mit dem die Hoffnungen einer ganzen Generation verbunden waren. Darüber hinaus sind die von den beiden totalitären Regimen an der Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen, deren extremste und menschenfeindlichste Dimension der Holocaust war, ein wichtiger Bestandteil der Familiengeschichten und Erinnerungen, der Ängste und Befürchtungen. Auch die fast ein halbes Jahrhundert währende Anwesenheit Polens in der sowjetischen Einflussosphäre ist vor allem im rechtsgerichteten Teil der Gesellschaft eine wichtige Grundlage für die Verehrung des

Rechts auf Selbstbestimmung, auf eine eigene unabhängige Politik im In- und Ausland. Der Beitritt Polens zur NATO im Jahr 1999 und zur Europäischen Union fünf Jahre später hat die Wahrnehmung der nationalen Souveränität in einem weitreichenden Maße verändert. Durch den Beitritt zum politischen, wirtschaftlichen und militärischen Westen hat Polen sein Sicherheitsgefühl, die Tragfähigkeit seiner staatlichen Strukturen und seiner notwendigen Reformen erhöht, die das Land in den letzten 32 Jahren sichtbar gestärkt haben. Vor diesem Hintergrund wird Polens geopolitische Erfolgsgeschichte oft mit der seines Nachbarn, der Ukraine, kontrastiert, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zwar ihre Unabhängigkeit erlangte, es aber versäumte, die historischen Chancen für eine Europäisierung und den Aufbau dauerhafter Bündnisse, die ihre Unabhängigkeit und Souveränität garantiert hätten, zu nutzen. Die russische Aggression gegen die Ukraine im Jahr 2014 und die Abspaltung der Krim sind Paradebeispiele dafür. Der Begriff der »europäischen Souveränität« wird in Polen also als »Multiplikator« der nationalen Souveränität gesehen, der die Bedrohung durch äußere Angriffe abwehrt und die Grundlage für eine Finanzierungsquelle für Reformstrategien bildet, die darauf abzielen, den Anschluss an den Westen zu finden. Dies gilt insbesondere für Deutschland, das aufgrund seiner geografischen und kulturellen Nähe ein echter Bezugspunkt für Millionen von Polen ist.

EINE UNION DER VIELEN KRISEN

Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie war eine weitere Krise, der sich die Europäische Union in den letzten Jahren stellen

musste. In jeder dieser Krisen (Wirtschafts-, Schulden-, Migrations- und Pandemiekrise) hat Polen eine möglichst souveräne Politik gegenüber Brüssel verfolgt und dabei oft eigenständige Instrumente eingesetzt. 2015 brachen Polen und andere Länder der Visegrad-Gruppe (Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn) mit dem europäischen Prinzip der Umverteilung von Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten und begründeten dies mit Sicherheitsgründen und der Sorge um die kulturelle Fehlanpassung der muslimischen Bevölkerung an die lokalen und nationalen Gegebenheiten. Ähnlich im Jahr 2020: Polen, das den Anstieg der Covid-19-Infektionen in West- und Südeuropa sah, schloss schnell seine Grenzen und verhängte einen harten Lockdown, um eine massenhafte Verbreitung von Infektionen während der ersten Welle der Pandemie zu vermeiden. In dieser Hinsicht begann die rechte Regierung von Recht und Gerechtigkeit (PiS) das Narrativ zu verwenden, dass Polen – im Gegensatz zu den meisten Ländern der Europäischen Union – schneller und effizienter reagierte und dass die polnischen Unternehmenshilfsprogramme als Vorbild für die Länder der »alten« Europäischen Union dienen könnten.

In der Diskussion um den Erwerb von Covid-19-Impfstoffen durch die Europäische Union kehrte das Thema der »europäischen Souveränität« mit verdoppelter Kraft zurück. Zunächst gingen sowohl die Regierung als auch die Opposition in Polen davon aus, dass bei Verhandlungen mit globalen Pharmakonzernen das Motto »Auf die Größe kommt es an« gilt. Mit der Einstellung von Lieferungen vertraglich vereinbarter Impfstoffe und der Ankündigung, dass einzelne Mitgliedsstaaten nun planen, auf eigene Faust neue Einkaufsbedingungen mit Pharmaunternehmen auszuhandeln, zeigte sich jedoch, dass der Glaube an das Durchsetzungsvermögen Brüssels ernsthaft in Frage gestellt wurde. Sowohl von Premierminister Mateusz Morawiecki, seinen Kabinettsministern, aber auch von vielen Journalisten, die ein breites ideologisches Spektrum repräsentieren. Das Ausbleiben einer schnellen und entschlossenen Reaktion der Europäischen Kommission und die unkoordinierten Aktionen, die den Versuch blockieren, in der EU produzierte Impfstoffe nach außerhalb der EU zu exportieren, wurden von der polnischen Öffentlichkeit eindeutig kritisiert. Dies war ein sichtbares Symbol für die Schwäche der Europäischen Union in der Auseinandersetzung mit nichtstaatlichen Akteuren auf der internationalen Bühne.

EU-ENTHUSIASTEN UND PATRIOTEN ZUGLEICH

In Polen ist eine Verbindung zwischen »nationaler Souveränität« (83 %) und »europäischer Souveränität« (75 %) sichtbar. Ebenso steht die Unterstützung für Polens Präsenz in der EU (89 % der befragten Polen [CBOS, 2020]) nicht im Widerspruch zum sichtbaren Patriotismus in der polnischen Gesellschaft (71 % der befragten Polen fühlen sich stolz, der polnischen Nation anzugehören [CBOS, 2018]). Dieser scheinbare Dualismus der gesellschaftlichen Identität kann beispielsweise in Anlehnung an den Modernisierungsfaktor interpretiert werden. Im Prinzip stellt keine der politischen Parteien, die im polnischen Parlament vertreten sind, den positiven Einfluss von Polens Präsenz in den EU-Strukturen in Frage. Das ist unter anderem das Ergebnis eines breiten Stroms von EU-Fonds, die Polen stark verändert haben. Wir sehen es insbesondere an der nationalen Infrastruktur,

der Steigerung des Wohlstands, aber auch an der Möglichkeit besser bezahlter Arbeitsplätze in der gesamten Europäischen Union. Der Slogan »Starkes Polen in einem starken Europa«, den die polnische Sozialdemokratie, die für das Beitrittsreferendum im Jahr 2003 verantwortlich war, verwendet hat, ist zu einem Credo der großen Mehrheit der Polen geworden, die die Überzeugung teilen, dass die wirtschaftliche Revolution und der Sprung in der Lebensqualität ohne die EU unmöglich wären.

FÖDERALISIERUNG? NEIN, DANKE.

Ein problematischer Aspekt ist jedoch die Frage der Beteiligung Polens am weiteren Föderalisierungsprozess der Europäischen Union. Der Schlüsselaspekt dabei ist die Einstellung zur Euro-Währung. Zwei Drittel der Polen hängen an ihrer nationalen Währung, was auch als Widerwillen interpretiert werden kann, die nationale Wirtschaft dem Risiko eines Abschwungs auszusetzen, den Polens Nachbarn erleben. Ich beziehe mich auf die Slowakei und Litauen, die nach ihrem Beitritt zur Eurozone während der Krise nicht nur mit einem Rückgang des BIP-Wachstums, sondern auch mit einem sichtbaren Anstieg der Preise für lebensnotwendige Güter konfrontiert wurden. Ein zusätzlicher Faktor für den Wunsch, die nationale Souveränität in Polen zu stärken, ist der anhaltende politische und rechtliche Streit zwischen Warschau und Brüssel, der seit der Machtübernahme durch die Partei Recht und Gerechtigkeit in Polen unaufhörlich geführt wird. Rechtsstaatlichkeit, Frauenrechte und LGBT-Rechte sind Themen, die vom politischen Lager von Recht und Gerechtigkeit und den öffentlichen Medien als eine Form der Ausübung von illegitimem und außerparlamentarischem Druck auf die polnische Regierung durch die Europäische Union dargestellt werden. Diese Interpretation spricht vor allem das rechte Segment der Wählerschaft an, das in Polen immer noch das größte ist, wobei auch die Wählerschaft der anderen Parteien eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem Vorgehen Brüssels zeigt.

In den Jahren 2015–2017 war das Thema der »Auferlegung« von EU-Quoten bei der europäischen Umverteilung von Flüchtlingen ein zusätzlicher antiföderalistischer Faktor. Dies stand im Zusammenhang mit Terrorangriffen, die von Gruppen durchgeführt wurden, die mit ISIS verbunden sind. Im Laufe der Zeit hat dieses Thema jedoch immer mehr an politischer Brisanz verloren, insbesondere durch die Pandemie und die Reisebeschränkungen in Europa. In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, dass kürzlich sogar 77 % der befragten Polen der Meinung waren, dass ihr Land diejenigen solidarisch unterstützen sollte, die aufgrund von Krieg oder Verfolgung aus ihrer Heimat fliehen (Kantar, 2021). Es ist jedoch davon auszugehen, dass es gar nicht darum geht, Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Nordafrika zu helfen. Dieses Ergebnis sollte eher im Kontext der Solidarität mit den Ukrainern, aber auch mit den Weißrussen gelesen werden, die vor allem in letzter Zeit verstärkt mit Repressionen durch das Regime von Alexander Lukaschenko zu kämpfen haben.

POLEN BRAUCHT DIE UNION (IM OSTEN)

Die Ostpolitik ist jedoch der sichtbare Bereich, in dem Polen zu einem besser koordinierten und entschlosseneren Handeln der

EU und zur Stärkung der »europäischen Solidarität« bereit ist. Nach der faktischen Aufspaltung der Östlichen Partnerschaft sowie dem sichtbaren Rückgang der Aktivitäten des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber den östlichen Nachbarn der EU stützt sich Polen bei seinen Versuchen, die Aktivitäten der EU in der Region zu intensivieren, nun ausschließlich auf die baltischen Staaten. Die jüngste Krise in Belarus und der politisch-militärische Streit zwischen Russland und der Ukraine stellen eine echte geopolitische Herausforderung für Polen dar. Zwei von Polens Nachbarn befinden sich in einem militärischen Konflikt, ein dritter schikaniert VertreterInnen der polnischen Minderheit. Die Verhaftung der Vorsitzenden der Union der Polen in Belarus, Angelika Borys, und des polnisch-belarussischen Journalisten Andrzej Poczobut sind nicht nur eine Ohrfeige von internationaler Dimension für Polen, sondern auch ein Symbol für die reale Gewalt des Regimes von Alexander Lukaschenko gegen die in Belarus lebenden Polen. Warschau allein, ohne Hilfe aus Brüssel, ist nicht in der Lage, einen wirksamen Einfluss auf Minsk auszuüben. Und die schwache Reaktion der EU auf dokumentierte und weithin bekannte Menschenrechtsverletzungen durch die belarussischen Behörden vermittelt den Eindruck, dass die EU nur auf dem Papier eine Großmacht ist.

Das Bedürfnis, die geopolitische Bedeutung der EU zu erhöhen, ist daher mit dem polnischen Wunsch verbunden, eine eigene nationale Außenpolitik zu betreiben. Das gilt auch für die Beziehungen zur Russischen Föderation, deren Behörden mehrmals gezeigt haben, dass sie den Westen, insbesondere die Europäische Union, kaum respektieren. Die Vergiftung von Alexei Nawalny und seine prompte Verhaftung nach seiner Rückkehr nach Russland werden in Polen als ein Zeichen der Arroganz gegenüber Europa wahrgenommen. Darüber hinaus wird die Durchführung des Ostseepipeline-Projekts, das eine reale Bedrohung für die Energielieferungen nach Polen und in die baltischen Länder, vor allem aber eine Gefahr für die Ukraine darstellt, von den Polen als ein Beispiel für die Mischung aus Zynismus und Naivität sowohl Deutschlands als auch der anderen an dem Projekt beteiligten Länder und Unternehmen der »alten« Europäischen Union gesehen.

JAROSŁAW KACZYŃSKI KANN ZUFRIEDEN SEIN

Der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit, als der eigentliche Anführer des polnischen Staates, könnte nach der Lektüre der analysierten Studie mit seinen antiliberalen Reformen zufrieden sein. Trotz der Verletzung und Umgehung der polnischen Verfassung, der sukzessiven Stärkung der Exekutive auf Kosten der Judikative und Legislative und der Übernahme aufeinander folgender Institutionen durch PiS sehen die Polen die Union immer noch nicht so sehr als Wertegemeinschaft, sondern als Garant für wirtschaftliche und geopolitische Sicherheit. Die Ergebnisse der Umfrage, die jedoch besagen, dass 75 % der befragten Polen für eine »europäische Souveränität« sind, können von der polnischen Rechten genutzt werden, um ihre Politik in den Beziehungen zur EU pragmatisch zu gestalten. Die Stärkung der europäischen Ostpolitik, eine verstärkte militärische Zusammenarbeit (sowohl innerhalb der EU als auch der NATO), eine vertiefte wirtschaftliche Kooperation

beim Wiederaufbau nach der Pandemie – das sind Postulate, die den Erwartungen der Öffentlichkeit entsprechen könnten. Die Europäische Union kann diese Vorschläge auch als »Verhandlungsvorteil« in ihren Beziehungen zu Polen behandeln. Nichts deutet darauf hin, dass die PiS in den nächsten Jahren ihre hegemoniale Position in der politischen Landschaft Polens verlieren wird. Der verfassungsmäßige Termin der Parlamentswahlen ist noch über zwei Jahre entfernt – das ist die Zeit, in der Brüssel mit der Regierung von Recht und Gerechtigkeit zusammenarbeiten muss. Diese Zeit sollte auf eine möglichst pragmatische Weise genutzt werden, um die »europäische Souveränität« zu stärken.

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR EUROPÄISCHE FORTSCHRITTLICHE KRÄFTE IN POLEN

Die jüngsten Abstimmungen im polnischen Parlament haben gezeigt, dass die oppositionellen Kräfte extrem gespalten sind. Die Bürgerplattform, die zur größten politischen Familie in der EU, der Europäischen Volkspartei, gehört, hat sich bei der Ratifizierung des Wiederaufbaufonds durch den Sejm der Stimme enthalten. Im Rahmen ihrer »Anti-PiS«-Politik war sie bereit, dieses für die gesamte Europäische Union notwendige Programm zu sprengen. Es ist daher schwierig, diese Formation als zuverlässigen pro-europäischen Partner für die Zukunft zu betrachten. Die polnische Linke hat sich in diesem Zusammenhang viel verantwortungsvoller verhalten und in dieser für Europa wichtigen Frage gemeinsam mit der PiS abgestimmt. Die Sozialdemokratie hat durchgesetzt, dass 30 % der Mittel aus diesem Fonds der kommunalen Selbstverwaltung auf lokaler Ebene zugewiesen werden, dass ein Komitee zur Überwachung der Verwendung von EU-Mitteln eingerichtet wird und dass ein erheblicher Teil davon für die Unterstützung von Krankenhäusern und den Bau von Sozialwohnungen verwendet werden soll. Die progressiven Kräfte in Polen sollten sich jedoch kritisch mit den Ergebnissen der analysierten Studien zur europäischen Souveränität auseinandersetzen. Die Öffentlichkeit sieht die EU als großzügigen Sponsor, der aus historischen Gründen Projekte zur Verwestlichung der polnischen Wirtschaft finanzieren sollte. Leider fehlt es in der politischen Ebene noch an einem tieferen Verständnis der europäischen Solidarität und der Philosophie des Funktionierens innerhalb einer Organisation. Denn die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, die die Nationalstaaten bei der Durchführung schwieriger Politiken im globalen Maßstab vereint. Es wird der Tag kommen, an dem Polen selbst zu einem Nettozahler für andere Länder werden kann. Ohne eine angemessene politische Bildung von klein auf könnte sich dann herausstellen, dass der polnische Euroenthusiasmus ausschließlich auf wirtschaftlichen Gründen beruht.

Polnische fortschrittliche und pro-europäische Kräfte sollten es nicht vermeiden, die notwendigen Rahmenbedingungen für die Föderalisierung der Union zu analysieren. Die derzeitige Struktur der Eurozone, die eine Währungsunion ohne fiskalische Basis ist, stellt eine Gefahr für Polen dar. Der Beitritt zur gemeinsamen Währung in Verbindung mit der halbperipheren Lage der polnischen Wirtschaft und der strikten Abhängigkeit von EU-Geldern stellt eine echte Bedrohung dar. Bei der Dis-

kussion um »europäische Souveränität« in der progressiven Version kann es darum gehen, das Gleichgewicht in Europa zwischen Ost und West zu erzielen. Maßnahmen, die auf die Angleichung des Lebensstandards, des Einkommens entlang dieser Linie, der sozialen Sicherheit, der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen und die Stärkung des sozialen Dialogs (auch mit den in Polen tätigen westlichen Privatunternehmen) abzielen, können einen wirklich verwestlichenden Reformfaktor darstellen. Zwar ist Polen 2004 politisch und rechtlich der Europäischen Union beigetreten, aber ohne den Aufbau einer wirklich europäischen, demokratischen Gesellschaft, in der die ArbeitnehmerInnen mit einem Gefühl der sozialen Sicherheit ruhig einschlafen können, wird es unmöglich sein, die Union in Polen tatsächlich einzuführen.

ÜBER DEN AUTOR

Dr. Bartosz Rydliński, Universität Kardinal Stefan Wyszyński, Warschau

IMPRESSUM

© Friedrich-Ebert-Stiftung, 2021
Referat Globale und Europäische Politik
Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin, Deutschland

Verantwortlich für diese Publikation in der Friedrich-Ebert-Stiftung:
Dr. Ralf Hexel | Europäische Integration / Souveränes Europa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.